

Nein danke zu einem staatlich bestimmten Speiseplan

Das verheisst nichts Gutes: Selbst ernannte Beschützer von Konsumenten und Heimat fordern unter dem Deckmantel «Qualitätsstandard in der Schweizer Lebensmittelwirtschaft» einmal mehr staatlichen Interventionismus. Aktuell braut sich im Lebensmittelbereich gleich ein dreifaches Ungemach zusammen. Eine von der Bauernlobby angestossene parlamentarische Initiative will Lebensmittel vom «Cassis-de-Dijon»-Prinzip ausnehmen. Damit könnten EU-Produkte, die den Schweizer Vorschriften nicht vollständig entsprechen, gar nicht mehr importiert werden. Weiter verlangt die von den Grünen soeben lancierte «Fair Food»-Initiative die Förderung von «gesunden, umweltfreundlich und fair hergestellten» Nahrungsmitteln, mit erheblichen zusätzlichen Barrieren für Produkte, die nicht in dieses Schema passen. Und – der dritte Streich folgt sogleich – im Juli will der Bauernverband eine weitere Ernährungsinitiative mit ähnlicher Stossrichtung einreichen und mit dem Selbstversorgungsgrad als Vorwand den Schweizer Markt abschotten.

Auch ich kaufe gerne gesunde, qualitativ hochwertige, nachhaltig hergestellte Schweizer Lebensmittel. Aber das ist nicht der Punkt. Ich wähle als mündiger Konsument selbst aus und geniesse dabei auch ausländische Produkte, die meinem Geschmack, aber vielleicht nicht zu hundert Prozent den Schweizer Normen entsprechen. Der Haken ist der bevormundende und protektionistische Geist, der allen drei Initiativen innewohnt: Sie fordern eine Abschottung oder eine ideologisch motivierte, staatliche Steuerung des Lebensmittelangebots. Alle diese Ansätze sind zutiefst unliberal und wettbewerbsfeindlich. Sie würden zu einer verringerten Auswahl und teureren Produkten führen. Und in kurzer Distanz, gleich jenseits der Grenze, könnten alle anderen Produkte trotzdem gekauft werden. Wir würden geradezu zum Einkaufstourismus genötigt.

Die genannten Initiativen sind daher völlig verfehlt. Denn in einem offenen Wettbewerb hat eine qualitätsorientierte Schweizer Landwirtschaft beste Chancen. Auf zusätzlichen staatlichen Protektionismus ist sie nicht angewiesen.